UNIONCORN

Mitgliedermagazin der LSU in Niedersachsen

LSU

Februar 2019

NEUER VORSTAND FÜR NIEDERSACHSEN

Moin und Tschüss!

Unter diesem Motto trat am 2. Februar letztmalig die Mitgliederversammlung der LSU Nord zusammen. Nach 18 Jahren sagten wir Tschüss zum Regionalverband. Auch wenn es nun keine formelle Struktur der Zusammenarbeit mehr gibt, möchte der am selben Tag neugewählte Vorstand der LSU in Niedersachsen weiter eng mit den Kolleginnen und Kollegen in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zusammenarbeiten. So sage ich hier eigentlich nicht Tschüss sondern nur: Auf Wiedersehen!

Auf uns verzichten müssen unsere Mitglieder auch weiterhin nicht. Mit dem vorliegenden Exemplar geht der erste eigene Newsletter der LSU in Niedersachsen an den Start. Unter dem Titel „**UNI**ON**CORN**“ werden wir Euch auch weiterhin mit Informationen rund um unsere LSU versorgen. „Warum dieser Name?“, werdet Ihr Euch fragen. Unsere neue Parteivorsitzende, Annegret Kramp-Karrenbauer, stand im Grund hierfür Pate. Auf dem Hamburger Parteitag bezeichnete sie die CDU als letzte Volkspartei in Europa als das „letzte Einhorn“. Wir dachten sofort: Hey, Union, Vielfalt in einer Volkspartei, LSU, Einhörner, Sachsen-Ross? Das passt doch alles gut zusammen. So ist mit einem Augenzwinkern das **UNI**ON**CORN** entstanden.

Der neue Vorstand wird in Zukunft vermehrt auf Euch und Euer Engagement setzen. Zwar haben wir auf Bundes- und auch Landesebene in den letzten Jahren einiges erreicht. Es gilt jedoch, dieses Erreichte künftig zu sichern und dies auch durch eine festere Verankerung der LSU in unserer Mutterpartei zu dokumentieren. Daran wird dieser Vorstand arbeiten. Um aber das nötige Gewicht in die Waagschale werfen zu können, brauchen wir Euch alle. Durch Eure Mitarbeit vor Ort – wie beim Organisieren der lokalen CSDs oder durch Gespräche mit örtlichen Parteivertretern – und durch das Gewinnen neuer Mitglieder stärkt Ihr uns und Eurer LSU den Rücken. Packen wir es also gemeinsam an!

Ich freue mich auf den regen Austausch mit Euch und wünsche nun viel Spaß bei der Lektüre unserer ersten **UNI**ON**CORN**.

Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o CDU-Kreisgeschäftsstelle Hannover
Walderseestraße 21
30177 Hannover

Abmeldung vom Newsletter:
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Inhalt

2 | Editorial und Impressum
3 | Kurzmeldungen
4 | Mitgliederversammlung in Hannover
6 | Kirche I: LSU trifft Petra Bahr
8 | Kirche II: Spahn kritisiert „Homo-Heilung“
9 | Wahl des neuen JU-Vorsitzenden
10 | Debatte I: Gender-Stern über Hannover
11 | Debatte II: Mehr Debatte wagen!

Foto: LSU

CSD-Planung beginnt

Unterstützer gesucht!

In Hannover findet der Christopher Street Day traditionell am Pfingstwochenende statt – in diesem Jahr am 8. und 9. Juni. Beim Januar-Stammtisch haben wir gemeinsam mit der Jungen Union mit der Planung für den Stand beim Straßenfest auf dem Opernplatz begonnen. Unterstützer für Auf- und Abbau sowie Standdienst werden immer noch gesucht und wenden sich bitte frühzeitig an: **alexander.vanderwardt@lsu-online.de**

Foto: CSD Nordwest

25 Jahre CSD Nordwest

CSD am 15. Juni in Oldenburg

„25 Jahre Vielfalt statt Einfalt“ lautet das diesjährige Jubiläumsmotto des CSD Nordwest in Oldenburg. Im Januar hat das Organisationsteam den Claim festgelegt. Jetzt geht es an die Detailplanung – auch für die LSU. Gemeinsam mit CDU, JU und RCDS sind wir auch in diesem Jahr am 15. Juni wieder mit dabei. Der CSD Oldenburg ist in jedem Jahr ein Highlight. Mitzumachen lohnt sich. Anmeldung an **Daniel Kaszanics: kaszanics@cdu-ol.de**

Foto: LSU

Talk im Theater – Teil 2

Toepffer lädt zum Vernetzungstreffen

Talk im Theater: Bei der zweiten Auflage des neuen Formats der CDU-Landtagsfraktion standen Ole von Beust, Mareike Wulf und Feyzi Ekinci Rede und Antwort. Im lustig-launischen Dialog ging es um die Fragen, wie die CDU in Großstädten Wahlen gewinnen kann, warum die GroKo in Niedersachen funktioniert und ob die Türkei eigentlich noch eine Demokratie genannt werden kann. Dirk Toepffer ist es zu verdanken, dass die LSU dabei sein darf.

Foto: Alexander von Essen/CDU

Treffen der Vereinigungen

Seefried: „CDU ist vielfältig!“

Beim jährlichen Treffen der Vereinigungen der CDU in Niedersachsen war in diesem Jahr erstmals auch die LSU eingeladen. Im Dialog mit Generalsekretär Kai Seefried sprachen wir über die Pläne für dieses Jahr und den Erneuerungsprozess „Meine CDU 2022“. Mit dabei waren auch EAK, Schülerunion, RCDS, Seniorenunion, CDA, MIT und KPV. Da die LSU offiziell keine Vereinigung oder Sonderorganisation ist, war das nicht selbstverständlich .

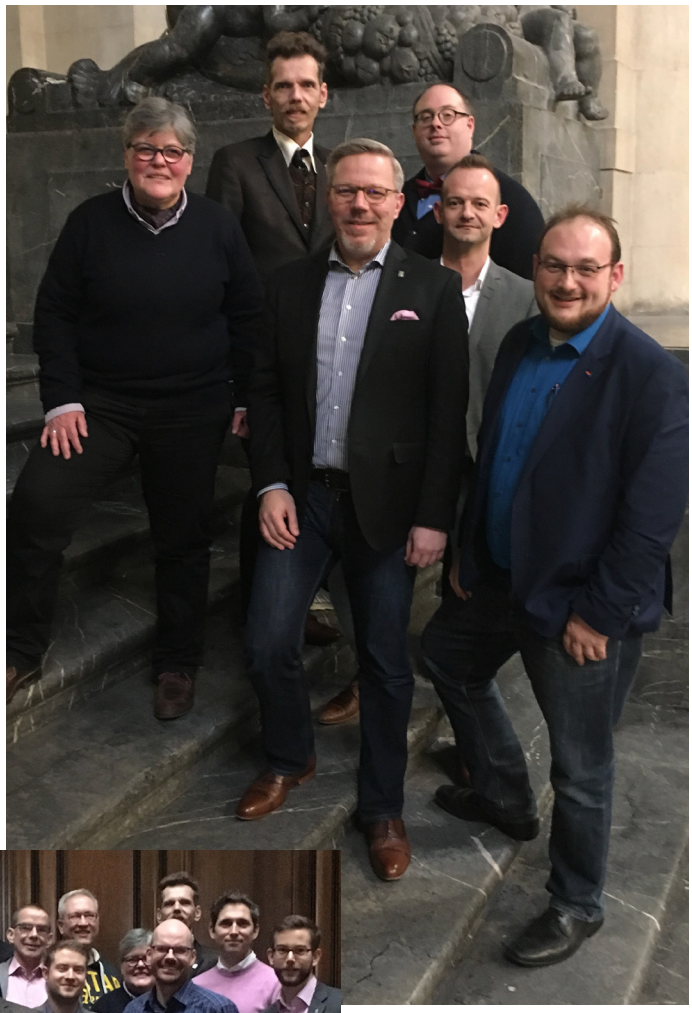
Weichen stellen für die Zukunft

Neuer Vorstand, erweiterte Satzung

Im März 2001 wurde die LSU Nord im Café Konrad in Hannover gegründet. Am 2. Februar haben wir sie in Hannovers Neuem Rathaus (auf Einladung des Oberbürgermeisters und in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt) endgültig abgewickelt. Die Landesverbände Hamburg und Niedersachsen arbeiten jetzt eng verbunden aber eigenständig.

Die LSU in Niedersachsen hat einen neuen Vorstand: Auf der Versammlung Anfang Februar wählten die Mitglieder **Sven Alexander van der Wardt** (Hannover) erneut zum Vorsitzenden. **Dirk R. Loeben** (Braunschweig) bleibt einer seiner Stellvertreter – zusammen mit **Matthias Eitenbenz** (Hannover), der erstmalig in den Vorstand gewählt wurde. **Petra Többe** (Visselhövede) verwaltet die Finanzen. **Sönke Siegmann** (Hasbergen) und **Daniel Kaszanics** (Oldenburg) gehören als Beisitzer dem Vorstand an.

Neben den Vorstandswahlen standen Anpassungen und Ergänzungen der Satzung auf der Tagesordnung. Die Mitgliederversammlung hat beschlossen, die bisherigen Fördermitglieder in Ehrenmitglieder umzutaufen, um die mit diesem Titel verbundene Würdigung stärker zum Ausdruck zu bringen. Die Einführung eines Landesgeschäftsführers lehnten die Mitglieder ab, stattdessen kann der Vorstand diese Funktion aus seinen Reihen vergeben. Ferner hat die Satzung der LSU in Niedersachsen nun eine Präambel.



Der neu gewählte Landesvorstand (oben) und die Mitgliederversammlung der LSU Nord und der LSU in Niedersachsen im Neuen Rathaus Hannovers (links u. unten).

Fotos: LSU

Fotos: LSU

Präambel der Satzung der LSU in Niedersachsen

Kern unseres Handelns ist das christliche Menschenbild. Aus diesem folgt, dass jedem Menschen seine unantastbare Würde zukommt. Diese Würde ist gleich, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Hautfarbe, Nationalität, Alter, von religiöser und politischer Überzeugung, von Behinderung, Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Misserfolg und vom Urteil anderer. Hieraus erwächst jedem Menschen sein Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und zugleich die Verantwortung gegenüber seinem Nächsten.

Ausgehend von dieser Überzeugung stellen wir fest, dass Pluralität und Diversität zum Erfolg der Bundesrepublik Deutschland beigetragen haben und uns zum Vorbild für zahlreiche andere Staaten gemacht haben. Umso mehr können wir mit Stolz auf unsere emanzipatorische Bewegung blicken, die unseren Anteil am gemeinsamen Erfolg sichtbar gemacht hat.

Wir tragen diesen Staat und unsere Gesellschaft mit. Überall bringen wir unsere ganze Persönlichkeit ein und lassen unsere spezifische Erfahrung mit einfließen. Dieses noch stärker zu betonen, ist Auftrag und Verpflichtung zugleich. Vielfalt macht dieses Land stärker, Einfalt isoliert.

Wir müssen über die Ehe reden

Die Theologin Petra Bahr sucht die Debatte zum evangelischen Eheverständnis

Die evangelische Kirche habe die „Ehe für alle“ zu hastig bejubelt und zu wenig erklärt, hatte Dr. Petra Bahr zusammen mit Stefan Schaede 2017 in einem Gastbeitrag in der ZEIT-Beilage „Christ & Welt“ geschrieben. Ende Januar traf die LSU in Niedersachsen die Theologin und Landessuperintendentin im Sprengel Hannover und sprach mit ihr über ihre Haltung zur Öffnung der Ehe und darüber, wie die Debatte zum evangelischen Eheverständnis in der Landeskirche Hannovers weitergeführt wird.

Zunächst stellte sie klar, dass es ihr mit dem Debattenbeitrag nicht um eine erneute Diskussion um Homosexualität in der evangelischen Kirche ging. Da habe die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) zum Beispiel mit der Orientierungshilfe „Mit Spannungen leben“ bereits 1996 oder erneut 2013 in der EKD-Familienschrift „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit: Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“ gute Antworten gefunden.

NEUES EVANGELISCHES EHEVERSTÄNDNIS

Durch das Gleichsetzen von Ehen zwischen Verschiedengeschlechtlichen mit Ehen von Gleichgeschlechtlichen ergeben sich für die Kirche rein praktische Fragen, die laut Petra Bahr auch theologisch begründet werden sollten. Landesbischof Ralf Meister sagte zwar bereits, dass Segnung Trauung bedeute. Doch die Trauagende, also die Gottesdienstordnung für Trauungen, unterscheidet sich vom Segnungsgottesdienst und lässt sich auch aktuell nicht einfach übertragen, sind doch zahlreiche liturgische Passagen auf die Beziehung von Mann und Frau und die Perspektive der Familiengründung inklusive Kindersegen ausgerichtet.

Petra Bahrs Anliegen war und ist es deshalb, das evangelischen Eheverständnis grundlegend zu überdenken und positiv zu definieren. Also nicht immer nur zu sagen, was keine Ehe ist, sondern deutlich zu machen, was eine Ehe in der evangelischen Kirche ausmacht. Dabei möchte sie das ganz große Fass aufmachen: Wie ist es, wenn jemand zum zweiten oder dritten Mal heiratet? Wie ist es mit Ehepaaren, bei denen rein biologisch Kinder keine Option mehr sind?
Zu unterscheiden ist dabei zunächst von der katholischen Lehre auf der einen Seite, nach der die Ehe ein Sakrament ist. Auf der anderen Seite vom staatlichen Verständnis, das Ende des 19. Jahrhunderts unter Bismarck die Ehe säkularisiert hat. Schon Luther hat im 16. Jahrhundert getrennt zwischen der juristischen Eheschließung auf der Türschwelle der Kirche und der Trauung vor dem Altar. Zudem ist die Idee einer romantischen Ehe ohnehin erst im späten 19. Jahrhundert aufgekommen – früher war sie in erster Linie eine Versorgungsgemeinschaft.

NACHKOMMENSCHAFT WEITERGEDACHT

Der Kernpunkt bei Petra Bahrs Analysen zum evangelischen Eheverständnis ist der Begriff der Nachkommenschaft. Sowohl nach dem althergebrachten kirchlichen als auch dem staatlichen Verständnis geht es bei der Ehe um die Möglichkeit, Kinder zu bekommen: Seid fruchtbar und mehret euch. Dies ist auch der ursprüngliche Grund für den verfassungsrechtlichen Schutz der Ehe.
„Ehe ist mehr als das, was zwei Menschen sich einander versprechen“, sagte also Petra Bahr im Gespräch mit der LSU. Ihr Versprechen gehe immer über die Paarbeziehung hinaus. Deshalb ist die Eheschließung sowohl kirchlich als auch staatlich ein öffentlicher Akt. Wir schließen aber auch Ehen zwischen zwei Menschen, die entweder keine Kinder bekommen wollen oder nicht (mehr) können. Doch auch in diesen Fällen zielt die Ehe auf etwas Größeres, auf die Verantwortung nämlich, die zwei Menschen für sich sowie für die Gesellschaft übernehmen. Nachkommenschaft wird dabei also weitergedacht.
Mit diesem neuen Verständnis von Nachkommenschaft könnte der Grundstein gelegt sein für ein neues evangelisches Eheverständnis und folglich auch eine neue Trauagende, die sich öffnet für viele heute denkbaren Konstellationen.

Foto: EVLKA

Petra Bahr, Jahrgang 1966, ist seit Januar 2017 Landessuperintendentin im Sprengel Hannover. Zuvor war sie von 2006 bis 2014 Kulturbeauftragte des Rates der EKD und von 2014 bis 2016 Leiterin der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.
Die ausgebildete Journalistin und promovierte Theologin und Philosophin hat eine wöchentliche Kolumne in „Christ & Welt“.

BARMHERZIGKEIT UND NACHSICHT

Dieser Schritt ist für die Kirche und die Gesellschaft kein kleiner. Für die Diskussionen in der Volkskirche wie der Volkspartei setzt die Theologin auf wechselseitige Barmherzigkeit und Lernprozesse. „Unter Zwang kommt keine Einsicht“, sagt sie mit Blick auf Pastorenkollegen, die aus persönlichen Gründen die kirchliche Trauung von Homosexuellen ablehnen. „Hier kann eine Abstimmung mit den Füßen erfolgen – dann geht man einfach zu einem Pastor, der es macht, und dann erzählt man, wie toll das war.“

Die Kirche ist der Ort für komplizierte Identitätsprozesse.

Auf trans- und intergeschlechtliche Menschen angesprochen, sagte Bahr einladend: „Die Kirche ist der Ort für komplizierte Identitätsprozesse.“

Von Sven Alexander van der Wardt
und Niklas Kleinwächter

Spahn kritisiert „Homo-Heilung“

Freikirchen halten an Praxis fest / LSU hört Experten an

Bereits in der Vergangenheit hatte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn Konversionstherapien, sogenannte „Homo-Heilungen“, als Körperverletzung kritisiert. Jetzt macht der CDU-Mann ernst und kündigt ein Vorgehen gegen die suspekte Praxis an.

Im August hatte Spahn in einer Bürgersprechstunde auf Facebook gesagt: „Ich halte davon gar nichts, das ist Quatsch. Und es ist vor allem für die Betroffenen, denen da irgendwas eingeredet wird, eine enorme psychische Belastung und kann auch zu dauerhaften psychischen Problemen führen. Deswegen ist das auch eine Form von Körperverletzung, was dort stattfindet.“

Foto: BMG

„Homosexualität ist keine Krankheit, und deswegen ist sie auch nicht therapiebedürftig“, sagt Bundesgesundheitsminister Jens Spahn.

STUDIE SOLL RECHTLICHE SCHRITTE PRÜFEN

„Homosexualität ist keine Krankheit, und deswegen ist sie auch nicht therapiebedürftig“, stellte der homosexuelle Unionspolitiker nun noch einmal klar. Der Minister lässt auf seine Worte auch Taten folgen. Er strebt an, eine Schnellstudie bei der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld in Auftrag zu geben, die herausarbeiten soll, welche Schritte in anderen Ländern gegangen wurden. „Dabei soll zusammengetragen werden, was in anderen Ländern rechtlich passiert ist, zum Beispiel in Malta, New York und Australien. Auf dieser Grundlage werden wir dann entscheiden, was wir in Deutschland umsetzen können“, sagte Spahn im Interview mit der taz.

Zu den rechtlichen Regelungen nannte er der Tageszeitung schon konkrete Vorstellungen: „Im Sozialrecht sollte erklärt werden, dass es keine Vergütung für diese Angebote geben darf. Für das Strafrecht ist noch fraglich, welches Strafmaß angemessen ist.“ Allerdings müsse das Vorgehen noch mit den anderen Ministerien abgestimmt werden. Dass „es in der Unionsfraktion im Bundestag einen Anhänger von Konversionstherapien gibt“ könne sich der Minister aber nicht vorstellen.

FREIKIRCHEN SEHEN SICH BEDROHT

Anhänger der umstrittenen Therapien sind nicht zuletzt evangelikale Gruppierungen. Für sie ist Homosexualität eine Sünde und die Therapie eine Art von Seelsorge. Zuletzt hatte sich der Bund der Freien evangelischen Gemeinden zu dieser Frage neu positioniert. Mit der Orientierungshilfe „Mit Spannungen umgehen“ setzt der Bund einen Gegenpunkt zur EKD-Schrift „Mit Spannungen leben“.

Der FeG-Bund schreibt unter anderem, dass im „Ergebnis aller Bibelauslegung (...) homosexuelles Verhalten nicht vereinbar mit diesem (dem biblischen, Anm. d. Red.) Leitbild“ sei. Entschuldigend schließt der Bund das Vorwort mit der Feststellung: „Die Ablehnung homosexueller Praxis darf nicht zur Ablehnung, Diskriminierung oder gar Verfolgung von Menschen führen.“

Der Vorsitzende des evangelikalen Bibelbundes, Michael Kotsch, sieht sich durch Spahns Vorstoß bedroht. Er befürchtet, dass durch die gesetzliche Änderung „die seelsorgerliche Begleitung von Homosexuellen, die Probleme mit ihrer sexuellen Identität haben, schon bald zu einer Straftat“ werde. Seine Sorge: Sogar das Gebet für eine Veränderung der sexuellen Orientierung könne unter Strafe stehen, berichtet die evangelische Nachrichtenagentur Idea.

LSU IN NIEDERSACHSEN HOLT EXPERTISE EIN

Vertreter der LSU in Niedersachsen treffen Anfang März einen Experten für evangelikale Gruppierungen aus dem Haus kirchlicher Dienste in Hannover. Dieser wird über Strukturen und Argumentationsweisen der Evangelikalen aufklären und auch Hintergründen zur Konversionstherapie geben.

Über die Ergebnisse des Treffens sowie zum weiteren Vorgehen werden wir in der nächsten Ausgabe ausführlich berichten.

Stefan oder Tilman?

Stefan Gruhner und Tilman Kuban konkurrieren um JU-Vorsitz

Fotos: Stefan Gruhner; Tilman Kuban

Der nächste Vorsitzende der Jungen Union muss ein Niedersachse sein. Oder vielleicht doch ein Homosexueller?

Am 16. März wählt die größte politische Jugendorganisation Europas einen neuen Vorsitzenden und gleich zwei Kandidaten stellen sich zur Wahl: **Stefan Gruhner** (34) aus Thüringen und **Tilman Kuban** (31) aus Niedersachsen. Die vorgezogene Neuwahl des JU-Chefs wird notwendig, weil **Paul Ziemiak** auf dem Bundesparteitag Anfang Dezember 2018 zum neuen Generalsekretär der CDU gewählt worden war.

Stefan Gruhner (links) oder Tilman Kuban (rechts): Am 16. März entscheidet die Junge Union Deutschlands in Berlin, wer ihr neuer Vorsitzender wird.

„Die LSU Thüringen begrüßt die Kandidatur des Thüringer Landtagsabgeordneten Stefan Gruhner für den Vorsitz der Jungen Union Deutschlands“, erklärte Charline Köhler, Vorsitzende der LSU Thüringen. „Seit 2010 führt er erfolgreich die JU Thüringen und setzt sich für eine sachorientierte, zukunftsweisende und jugendgerechte Politik ein“, bekräftigte Charline ihr Votum und ergänzte: „Stefan Gruhner zeigte sich als starker Befürworter der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und bekannte sich damit gleichermaßen zu den Forderungen der LSU.“

Stefan Gruhner hatte sich 2017 in einem Interview mit der Ostthüringer Zeitung öffentlich geoutet – auch wenn er zuvor kein Geheimnis aus seiner Homosexualität gemacht hatte. Außerdem sagte er: „Wir müssen als Konservative froh sein, wenn die Ehe, die früher von Linken und Grünen bekämpft wurde, von ihnen inzwischen als höchstes Glück angesehen wird.“

Was die Öffnung der Zivilehe betrifft, steht Tilman Kuban, der Kandidaten aus Barsinghausen, seinem Konkurrenten in nichts nach. Bereits im Oktober 2016 erschien in der Huffington Post ein Debattenbeitrag des niedersächsischen JU-Chefs, in dem er mahnte, die Union müsse ihre Ablehnung der sogenannten Homo-Ehe überdenken. „Wenn zwei Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, dann ist dies eine typische CDU-Position, dass wir diese Menschen auf Ihrem Weg unterstützen und gerade keine ideologischen Vorgaben machen, wie sie zu leben haben“, schrieb Tilman Kuban und fügte an: „Dies gilt für mich für hetero- wie für homosexuelle Paare.“ Auch für ein gemeinsames Adoptionsrecht sprach er sich aus.

Egal, wen die Delegierten am 16. März zum JU-Chef wählen, für die LSU geht die Entwicklung in jedem Fall in die richtige Richtung. Paul Ziemiak hatte 2015 die LSU erstmals zum Deutschlandtag der Jungen Union eingeladen, was vorher undenkbar schien. Mit Stefan Gruhner und Tilman Kuban folgt nun wohl definitiv ein Unterstützer der LSU.

Fotos: Laurance Chaperon; JU

PAUL UND CLAAS

Seit 2014 war **Paul Ziemiak (33)** Bundesvorsitzender der Jungen Union. Damals setzte er sich in einer Kampfkandidatur gegen Benedict Pöttering durch und löste damit Philipp Mißfelder an der Spitze der JU ab.

Nach seiner Wahl zum Generalsekretär der CDU Deutschlands im Dezember 2018 ließ Paul Ziemiak sein Amt als JU-Chef ruhen und machte so den Weg frei für Neuwahlen auf einem außerordentlichen Deutschlandtag der Jungen Union.

Bis dahin leitet einer seiner vier Stellvertreter die Junge Union: **Claas Merfort (34),** CDU-Ratsherr in Braunschweig und LSU-Mitglied.

Ein Gender-Stern strahlt über Hannover

Hannover, Hannover*in, Hannovsie oder wie?!

Die niedersächsische Landeshauptstadt steht selten in dem Ruf, durch Innovationen weit über die Stadtgrenzen hinaus Bekanntheit zu erlangen. Mit der Initiative ihrer Stadtspitze, eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache einzuführen, hat die Stadt an der Leine seit dem 18. Januar plötzlich bundes- und sogar europaweite Berühmtheit erlangt. Seitdem ebbt die Flut an Facebook-Beiträgen, Kommentaren in den Medien und Diskussionen in hannoverschen Lokalen und Straßen nicht ab – politischer Höhepunkt wird wohl eine Aktuelle Stunde zum Thema in der Ratsversammlung am 28. Februar sein. Ohne sich dessen vollumfänglich bewusst zu sein, haben der Oberbürgermeister und seine Gleichstellungsbeauftragte also offenbar einen Nerv getroffen. Was also halten wir davon?

Zunächst ist der Wunsch, eine gerechte Verwaltungssprache zu installieren, sicherlich aller Ehren wert. Die Frage ist, ob dies der richtige Weg ist. „Auch in Demokratien ist Sprache“, sagte die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller, „so wenig wie in Diktaturen ein unpolitisches Gehege. Da wie dort liegt sie nicht außerhalb des Lebens, da wie dort muss man ihr ablauschen, was sie mit den Menschen tut.“

Und damit sind wir, wie ich finde, schon beim Kern des Problems: Wer lauscht hier wem ab? Sprache verändert sich, das ist sicherlich unstreitig. Ebenso wenig wird sich bestreiten lassen, dass Politik, also der Diskurs über die Angelegenheiten einer Gesellschaft und deren Regelung ohne Sprache schlechterdings nicht möglich ist. Verwaltung ist insoweit hier in die Sphäre des Politischen zu rechnen. Politik ist also für Sprache mitverantwortlich, sie ist, nach meinem Dafürhalten, aber nicht für sie zuständig. Was passiert, wenn Politik sich für zuständig erklärt, kann man, pars pro toto, an der Rechtschreibreform gut besichtigen.

Es sind die Menschen in einer Gesellschaft, die Sprache (um-)gestalten. Dies ist ein langwieriger Prozess, den Politik und Verwaltung bestenfalls irgendwann aufnehmen, aber nicht aktiv von oben vorgeben sollten. Hier ist jeder Versuch, wenn schon nicht strafbar, so doch zumindest hochproblematisch. Es besteht nicht nur die Gefahr, tatsächlich bestehende Ungleichbehandlungen zu zementieren und diese lediglich sprachlich zu bemänteln. Vielmehr können sich auch Gruppen erneut ausgeschlossen fühlen. Was ist mit Transpersonen, denen durchaus an einem binären Geschlechtermodell gelegen ist? Was ist mit den Menschen, die man ehedem durch „einfache Sprache“ erreichen und mitnehmen wollte und die sich nun durch die eher intellektuelle und akademische Genderdebatte ausgegrenzt fühlen könnten? Was ist mit den Frauen, die jahrzehntelang dafür gekämpft haben, dass das generische Femininum gleichberechtigt neben dem Masculinum Anwendung findet und die jetzt befürchten könnten, hinter dem Genderstar einmal mehr zu verschwinden?

> **Es sind die Menschen in einer Gesellschaft, die Sprache gestalten.**

Alles Fragen (und die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit), auf die die Empfehlung der Landeshauptstadt bedauerlicherweise keine Antworten gibt. Gut gemeint, ist eben noch nicht gut. Die Diskussion über Ungleichbehandlungen, Diskriminierungen und was wir wie daran ändern wollen muss in der Gesellschaft geführt werden. Wenn der Impuls aus Hannover dazu ein Anstoß war, umso besser. Die LSU steht für diese Auseinandersetzungen bereit, wenn es das Ziel ist, reale Missstände abzustellen. Dann wird sich am Ende auch die Sprache diesen Veränderungen anpassen. Tatsächlicher oder auch nur so empfundener Zwang von oben hat jedoch noch nie zur Änderung des Denkens geführt.

Von Sven Alexander van der Wardt

Mehr Debatte wagen!

Kein Streit, sondern: Meinung bilden, inspirieren, verbinden.

Im letzten Jahr haben wir in der Union etwas erlebt, woran wir qua Parteibuch eigentlich nicht so richtig glauben: Wir haben gesehen, dass eine offene und öffentliche Debatte belebend sein kann. Drei Kandidaten bewarben sich um die Nachfolge Angela Merkels. In den Regionalkonferenzen und auf dem Parteitag präsentierten sie sich, bezogen Position und schärfte so ihr Profil und gleichzeitig das der Partei. Die Zeit der vermeintlichen Alternativlosigkeit war vorbei.

Debatten bilden Meinungen. Debatten inspirieren. Und Debatten verbinden. Das schreibt die Politikwissenschaftlerin Andrea Römmele, Professorin an der Hertie School of Governance. Wir neigen dazu, Streit als etwas teilendes und damit schädliches zu verstehen. Unterschiedliche Positionen würden eine Organisation schwächen, fürchtet man. Doch wenn wir öfter einmal über vorgegebene Positionen in den Austausch kommen und das Für und Wider abwägen, können wir ganz neue Blickwinkel entdecken und womöglich ein stärkeres Profil gewinnen. Am Ende einer Debatte muss weder ein neues Grundsatzprogramm noch der Austritt des Unterlegenen aus dem Verband stehen. Aber durch den Austausch der Argumente wird das Wissen der Zuhörer oder Leser vermehren. So sind wir als LSU auch sattelfest für die Diskussionen beim nächsten CSD-Straßenfest.

Vier Beispiele, wo uns einmal mehr Debatte guttäte.

Beispiel 1: Stephan Harbarth wird Bundesverfassungsrichter.

Die Community kritisierte die Wahl Harbarths, weil dieser gegen die „Ehe für alle“ gestimmt hatte. Das ist richtig, aber es ließen sich sicher auch Argumente für ihn finden – oder noch mehr dagegen. Aber tragen wir sie doch einmal vor. Wir als LSU müssen ihn ja nicht wählen, das hat der Bundestag schon getan.

Beispiel 2: Annegret Kramp-Karrenbauer und die Vielehe.

Was AKK 2015 sagte und in den letzten Jahren stets wiederholte, wissen wir. Reflexhaft warf man ihr allerhand vor. Aber auf die Argumente eingehen, wollte niemand. Wie aber reagieren wir, wenn FDP und Grüne nun aus genau derselben Argumentation heraus die Ehe für mehr als eine Person einführen wollen?

Beispiel 3: Die Reform des Transsexuellengesetzes.

Bei der Öffnung der Ehe waren wir alle argumentativ noch ziemlich fit. Aber wer weiß, welche Hürden es im Leben von Transsexuellen so gibt? Wieso gibt es ein Gutachterverfahren? Was wird dort getan und wieso halten einige so sehr daran fest? Gibt es vielleicht einen Grund, weshalb ärztliche Gutachten sinnvoll sein könnten? Und wenn ja, wie gestalten wir den Prozess so würdevoll wie möglich?

Beispiel 4: Gedenkstunde im Deutschen Bundestag.

Eine Petition fordert, dass in der Gedenkstunde für die Verfolgten des Nationalsozialismus am 27. Januar 2021 auch ein Vertreter der Opfergruppe der Homosexuellen sprechen darf. Schäuble kritisiert das – weil er eine Unterscheidung nach Opfergruppen insgesamt ablehnt. Das hat das Präsidium des Bundestags früher schon einmal anders gehandhabt. Aber kann man seinem Argument nicht auch etwas abgewinnen ohne sich gleich persönlich als Opfer zu fühlen?

Fotos: Olaf Kosinsky; Laurence Chaperon/CDU; pixabay.com (2)